

Liebe FriedensfreundInnen,
vor genau zehn Jahren fuhr ich zum ersten Mal nach Genf zur UNO, um am Überprüfungsprozess des Atomwaffensperrvertrages (NPT) als Nichtregierungsvertreter teilzunehmen. Im Kofferraum ein aufblasbares »Atomkraftwerk« mit einem Kamin in Form einer »Rakete«. Damals hatte der Vorsitzende die Namensplatte von Nordkorea in der Aktentasche, denn das Land hatte seinen Austritt aus dem NPT ausgesprochen.

Jetzt zehn Jahre später fahre ich nicht alleine, sondern in Begleitung eines Filmteams nach Genf. Wir werden die Aktivitäten der Nichtregierungsvertreter dokumentieren für einen Film, der zeigen wird, was wir tun können für eine atomwaffenfreie Welt.

»Nuclear Power Powers the Bomb«. Das aufblasbare »Atomkraftwerk« ist wieder dabei. Dass die »friedliche« Atomkraft den Bau von Atomwaffen ermöglicht, führt die bedrohliche Nordkorea-Krise deutlich vor Augen. Atomkriegsgefahr: mit nuklearen Drohungen des rechtmäßig aus dem NPT ausgetretenen Staates und solchen der vertragsgemäßen Nuklearmacht USA. Der Atomstreit mit dem Iran ist die zweite große Gefahrenquelle für einen Krieg.

Wir können nicht nur, wir müssen handeln

Wir dürfen nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen, wir müssen auch auf unsere Fehler sehen. Noch immer dulden wir, dass die Bundeswehr zum Atomwaffeneinsatz bereit ist. Worte und Überzeugungsarbeit reichen nicht aus. Es braucht Aktionen bis hin zum zivilen Ungehorsam. Wir müssen den Konflikt dramatisieren und die Regierenden zur Abrüstung drängen. Denn entweder schaffen wir die Bombe ab oder sie uns. Deshalb organisieren wir in der Kampagne »atomwaffenfrei.jetzt« eine 24-stündige gewaltfreie Blockade des Atomwaffenstationierungsorts Büchel. Die Zeit zu handeln ist jetzt. **Wir sehen uns dann in Büchel!**

Herzliche Grüße



Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh) ●



Ostermarsch Büchel

Foto: Sauerwein

Aufruf: »Abrüstungsinstrumente – Rhythm beats bombs«

MUSIKBLOCKADE UND HAPPENING AM ATOMWAFFENLAGER BÜCHEL: 11.–12. AUGUST 2013

Wir rufen auf zur Sitzblockade an den Toren des Atomwaffenstandortes Büchel. Warum? Wir sitzen weltweit noch auf fast 20.000 Atomwaffen mit genügend Sprengkraft, um unseren Planeten zwanzig Mal zu vernichten. Auch in Deutschland, in Büchel in der Eifel, lagern 20 US-Atombomben. In einem parteiübergreifenden Beschluss des Bundestags vom 26. März 2010 wird die Absicht der Bundesregierung bekräftigt, den Abzug dieser Atombomben aktiv zu verfolgen. Stattdessen wird nun die Betriebsdauer der Bomben sogar verlängert.

GENERATIONSWECHSEL

Nicht nur die USA stellen derzeit die Weichen für modernisierte, zielgenauere Atomwaffen. Alle atomwaffenbesitzenden Staaten sind kräftig dabei, neue Generationen von Atomwaffen zu entwickeln. Dieses Szenario passt nicht zu den globalen Herausforderungen, die die Menschen zukünftiger Generationen bewältigen müssen. Die Mittel in Milliardenhöhe werden dringend benötigt, um den weltweiten Hunger zu beseitigen, die globale Klimaerwärmung einzudämmen oder eine stabile Gesundheits- und Bildungspolitik zu finanzieren.

Wir, die heute Lebenden, tragen Verantwortung für die nächsten Generationen.

Ein neues Denken über die Bedeutung von »Sicherheit« für Menschen ist dringend notwendig.

Deshalb übt die Kampagne »atomwaffenfrei.jetzt« Druck auf die Bundesregierung aus, die sofortige Aufnahme von Verhandlungen für einen internationalen Verbotvertrag von Atomwaffen zu unterstützen.

Der Verzicht auf nukleare Waffen auf eigenem Territorium untermauert die Ernsthaftigkeit der internationalen Bemühungen für eine atomwaffenfreie Welt. Wenn Deutschland atomwaffenfrei wird, wirkt sich dies positiv auf die internationale Abrüstung aus. Wenn Deutschland sich dagegen weiterhin an die Stationierung von Atomwaffen klammert, ist die Aufforderung an andere Staaten, darauf zu verzichten, ungläubwürdig.

RHYTHM BEATS BOMBS

Wir rufen zur Blockade am letzten deutschen Atomwaffenstandort in Büchel auf. Diese wird nicht nur eine einfache Sitzblockade sein, sondern wir wollen kurz vor der Bundestagswahl ein soundstarkes Zeichen für die Abrüstung setzen, indem Gruppen und einzelne Menschen Musik machen, singen, sprechen oder schweigen für eine atomwaffenfreie Welt. Wir rufen MusikerInnen auf, bei der Blockade mitzumachen – a capella, unplugged oder mit kleiner Anlage. So setzen wir unsere eigenen »Abrüstungsinstrumente« ein und machen die Tore vom Atomwaffenstandort Büchel musikalisch dicht.

AKTUELLER PLANUNGSSTAND

- **2.–5. August:** Fastenaktion in Berlin vor dem Bundeskanzleramt
- **5.–9. August:** Fortsetzung der Fastenaktion am Atomwaffenlager Büchel
- **5.–12. August:** Camp in der Nähe
- **9.–11. August:** Aktionsvorbereitung (Bezugsgruppenfindung, Training in gewaltfreier Aktion)
- **11.–12. August:** 24-stündige Musikblockade und Happening an den Zufahrtstoren des »Fliegerhorstes Büchel«, u.a. spielt »Lebenslaute«

Wir rufen dazu auf, an diesen Aktionen des gewaltfreien Widerstands teilzunehmen: als MusikerIn, BlockiererIn oder UnterstützerIn.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN ZUR AKTIONSBÜBEREINKUNFT UND TECHNISCHE DETAILS

www.atomwaffenfrei.de
Anfragen: buechel@atomwaffenfrei.de

Rechtliche Informationen

zu Aktionen des Zivilen Ungehorsams bei Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar
jur.folgen@gaaa.org

● atomwaffenfrei.jetzt



Fotos: Siko - Wurst

Der Irankonflikt wird meist auf ein schlichtes »Gut-Böse«-Schema verkürzt. So schleuderte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages Polenz (links) auf der Münchner Sicherheitskonferenz dem iranischen Außenminister Salehi entgegen: »Der Iran ist ein nuklearpolitischer Geisterfahrer.«

Iran: Das Jahr der Entscheidung?

Der Fall Iran offenbart das Dilemma des Atomwaffensperrvertrages. Auch mit dem Iran stehen mit der weiteren Verschärfung der Sanktionen in diesem Jahr die Zeichen mehr auf Konflikt als auf Entspannung. Die Konferenz über einen von Massenvernichtungswaffen freien Nahen Osten hat nicht, wie bei der NPT-Überprüfungskonferenz 2010 beschlossen, im letzten Jahr statt gefunden.

Eines ist sicher: Der Iran braucht - angesichts umfangreicher fossiler und auch regenerativer Energiequellen - keine Atomenergie. Dennoch entschied sich seine Führung für den nuklearen Weg. Der emeritierte Politik-Professor Mohssen Massarrat (geboren in Teheran) geht davon aus, dass neben der Vorstellung, die Atomtechnologie sei eine unverzichtbare Schlüsseltechnologie, auch sicherheitspolitische Motive den Ausschlag gegeben haben, nachdem der Iran im Iran-Irak-Krieg Opfer des Chemiewaffeneinsatzes geworden war.

Der Iran sieht sich im Einklang mit dem Atomwaffensperrvertrag, denn dieser sichert das Recht auf die friedliche Nutzung der Atomenergie zu. Aber wer den nuklearen Kreislauf beherrscht kann auch Atomwaffen bauen. Das können heute rund 20 Staaten. Die Medien vernachlässigen diesen Aspekt und stellen den Sachverhalt auf den Kopf. Nicht die Atomtechnologie, sondern lediglich das iranische Atomprogramm wird zur gefährlichen Bedrohung hochstilisiert. Rund zehn Jahre währt der Konflikt.

ATOMENERGIE, EIN VORGESCHOBENER STREIT

Mohssen Massarrat erinnert daran, dass die USA vor zehn Jahren den Irak-Krieg mit der Lüge des irakischen Strebens nach Atomwaffen legitimiert haben. Im Irak haben die USA ein Chaos hinterlassen, das jedoch allen Neokonservativen und dem hinter ihnen stehenden militärisch-industriellen Komplex alle Wünsche erfüllt hat. Die Ölkonzerne sind im Irak wieder voll im Geschäft, ein Saddam Hussein, der Amerikas Vasallen am Persischen Golf bedroht hat, ist weg. Massarrat denkt, dass »diesen Kräften klar ist, dass sie mit einem Krieg gegen Iran im Gegensatz zum Irak keinen Regime-Change herbeiführen können, sehr wohl aber ein Chaos.« Es würde ihnen ins Konzept passen, denn für weitere 30 Jahre wäre dann die Hegemonie dieser Kräfte im Mittleren und Nahen Osten »gesichert«.

Der Nah-Ost-Experte Michael Lüders bezeichnet 2013 als »das Jahr der Entscheidung«. Er konstatiert: Im Irankonflikt sei der US-Präsident auch entmachtet. Obama hat sich selbst unter Zeitdruck gesetzt, indem er wiederholt verlauten ließ, dass er bis Mitte 2013 einen Durchbruch erwarte. Andernfalls seien erneut »alle Optionen auf dem Tisch« - ein Euphemismus für Angriff und Krieg.

OBAMA ENTMACHTET

Lüders verweist auf den »Iran Threat Reductions Act«. Er wurde vom US-Repräsentantenhaus im Dezember 2011 verabschiedet. Danach darf »weder der Präsident noch ein Minister, aber auch kein US-Diplomat und kein Sondergesandter mit dem Iran Verhandlungen aufnehmen oder führen (...) sofern nicht die zuständigen Kongress-Komitees dem ausdrücklich zustimmen.«

Das House Foreign Affairs Committee ist jedoch die Hochburg der pro-israelischen Lobby AIPAC. Obama hat das zwar nicht ratifiziert, handelt aber nach diesen Vorgaben. Es gibt keine bilateralen Gespräche und die Sanktionen werden verstärkt.

VERHANDELN STATT BOMBEN

Um der drohenden Kriegsgefahr entgegenzutreten ist es notwendig, auf den baldigen Beginn der UN-Konferenz für Massenvernichtungswaffen in der Region und die Teilnahme aller Staaten ohne Vorbedingungen zu drängen. Noch hat die Diplomatie das Wort und die Friedensbewegung Zeit aufzuklären und Lügen zu entlarven.

● whs

Kleinwaffen und Frauenrechte -

dies war Thema bei einem Frauenfrühstück in der Pressehütte, bei dem auch die gegenwärtigen Bemühungen zu einem Waffenhandelsvertrags, ATT, behandelt wurden. Kleinwaffen verursachen mehr Opfer als jede andere Waffenart, sie destabilisieren Gesellschaften und hemmen ihre Entwicklung. Über 70% der Opfer in Kriegsgebieten sind Zivilisten. Bis jetzt können Kleinwaffen ohne Probleme auch von Zivilisten preiswert erworben werden, meist illegal, teilweise auch legal. Mit Waffengewalt werden Frauen vergewaltigt, zur Prostitution gezwungen, sie werden verschleppt oder sie müssen vor Gewalttaten flüchten. Beispiele gibt es genug, sie begegnen uns täglich in den Medien.

Nicht zuletzt dem Drängen von NGOs, besonderen von Amnesty international und Oxfam, ist es zu verdanken, dass im letzten Jahr eine Konferenz tagte, die den Handel von Waffen regulieren soll. Auch die zweite Konferenz im März blieb ohne Erfolg. Erst die UNO Vollversammlung hat den ATT Vertrag diesen Monat mit Mehrheit angenommen. Er verbietet Waffenlieferungen in Krisengebiete, wenn sie zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen beitragen können.

Dies ist ein bescheidener Anfang, ein erster Schritt in die richtige Richtung. Weitere Verhandlungen müssen folgen. Noch immer ist der Export von Munition und Ersatzteilen sowie die Umsetzung der Überwachung, auch des Endverbleibs, nicht geregelt.

Das Thema bleibt spannend und wird von den Frauen weiter beobachtet.

Christa Schmaus ●



Fotos: Gerhard Schneider

Die Realschülerin Laura Petralito ist unser jüngstes Mitglied in der Friedenswerkstatt Mutlangen.

Letztes Jahr, während ihre Eltern in der Pressehütte einen Geburtstag feierten, studierte Sie das Informationsmaterial und beschloss, aktiv zu werden. Im Sommer fährt sie mit unserem Internationalen Workcamp nach Büchel.

Bundeswehr-Werber aus Büchel

Im Fliegerhorst Büchel in der Eifel ist das Jagdbombergeschwader 33 stationiert. Die dort stationierten Soldaten fliegen Einsätze in Afghanistan und trainieren den möglichen Abwurf von Atombomben. Die Bundeswehr wirbt mit ihren Jugendoffizieren und Karriereberatern in Schulen sowie auf zahlreichen Ausbildungsmessen, Sport- und Musikveranstaltungen. Technik, Adventure oder Bildungsangebote sind aktuelle Marketingschlüssel, die das Verteidigungsministerium nutzt, um die Akzeptanz in der Bevölkerung, für die stetig anwachsende Präsenz der Bundeswehr im öffentlichen Leben und bei Auslandseinsätzen, zu steigern. Wir haben im FreiRaum bereits berichtet.

Auch das Jagdbombergeschwaders 33 wirbt. In diesem Schulhalbjahr sind folgende Schuleinsätze terminiert:

- am 15. Mai 2013 in der Kooperative Gesamtschule Bitburg, 10. Klasse
- am 23. und 29. Mai 2013 in der Berufsbildenden Schule Bad Neuenahr-Ahrweiler
- am 12. Juni 2013 in der Integrierten Gesamtschule Morbach 10. Klasse.

Was werden die Soldaten den SchülerInnen zum Thema atomare Abschreckung vermitteln? Was über die Kriegseinsätze?

Möchten Sie aktiv werden? Weitere Informationen, Materialien und Aktionsideen finden Sie unter: schulfrei-für-die-bundeswehr.de

Unter dem Motto **»Kein Militär und keine Rüstung in Bildung und Wissenschaft – Lernen für den Frieden!«** sollen im Rahmen von dezentralen Aktionstagen vom 13. bis 15. Juni 2013 in möglichst vielen Städten vielfältige und kreative Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt werden, um Politik und Öffentlichkeit auf die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft aufmerksam zu machen und für eine friedliche, aufklärerische Ausrichtung von Bildung und Wissenschaft zu streiten.

Als ein zentrales Element wird zu den Aktionstagen die bundesweite Unterschriftenkampagne **»Lernen für den Frieden!«** starten. Unterstützungsmeldung an lernenfuerdenfrieden@yahoo.de



Die Global Zero Aktivisten im Europa Parlament

Eindeutiges Zeichen vom Europäischen Parlament

Europas Haltung zu Nuklearwaffen kann unterschiedlicher fast nicht sein. Während es inzwischen in Deutschland nur noch wenige ausgesprochene Befürworter von Nuklearwaffen gibt, hält zum Beispiel Frankreich eisern an seinem nuklearen Arsenal fest. Aus diesem Grund mag es für manche zu ambitioniert erscheinen, das Wort »united« zu benutzen. »Europe United for Zero« hieß dennoch oder gerade deshalb die Europa-Kampagne, auf die sich Global Zero in Europa im Herbst und Winter 2012 konzentriert hat. Es ist an der Zeit, dass sich Europa geschlossen für eine Abrüstung auf Null einsetzt.

Am Ende einer monatelangen Europa-Kampagne wurde am 17. Januar 2013 das Ziel erreicht: Das Europäische Parlament hat sich mit 389 Parlamentariern, und damit der Mehrheit der Abgeordneten, für Global Zeros Abrüstungsplan mit dem Ziel einer Welt ohne Atomwaffen ausgesprochen! In diesem Sinne kann davon gesprochen werden, dass sich Europa »united« diesem Ziel verpflichtet hat: Parteipolitische Gesichtspunkte traten in den Hintergrund, nationale Grenzen wurden überwunden, verschiedene Sprachen wurden zweitrangig. Nur so war es möglich, dass sich die Mehrheit der Abgeordneten gegen Nuklearwaffen aussprechen konnte.

Grundlage war die Verabschiedung der »Schriftlichen Erklärung zur Förderung des Handlungsplans der Initiative Global Zero für eine schrittweise und kontrollierte vollständige nukleare Abrüstung weltweit«. Diese Erklärung wurde von den Europa-Abgeordneten Jaroslaw Walesa, Reinhard Bütikofer, Tarja Cronberg, Sergio Silvestris und Janusz Zemke eingebracht und unterstützt. Bis zur Verabschiedung der Erklärung war es ein langer Weg und einige Überzeugungsarbeit

war notwendig. Eine kleine Gruppe von jungen motivierten Global Zero Aktivisten traf sich mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg, um über unser Anliegen zu diskutieren. Vor allem der Abgeordnete Jaroslaw Walesa und seine Mitarbeiter engagierten sich unermüdlich und halfen damit, die notwendige Anzahl an Unterstützern für eine Welt ohne Atomwaffen zu finden. Begleitend teilten Studenten aus ganz Europa ihren jeweiligen Abgeordneten in hunderten Emails ihren Wunsch nach nuklearer Abrüstung mit und es wurden zahlreiche Videos gedreht, in denen Studenten Europa dazu aufforderten, sich für nukleare Abrüstung auszusprechen.

Aber letztendlich war dieser Erfolg auch nur möglich durch eine breite Unterstützung unserer Kampagne. Allen voran geht der Dank daher auch an viele Leser von »FreiRaum«, die sich an unserer Unterschriftenaktion beteiligt haben. Tausende Menschen haben dafür ihren Namen auf ein großes Banner schreiben lassen, das wir am 14. November 2012 persönlich dem Europäischen Parlament präsentierten und diesem überreichten (siehe Foto).

Wie geht es nun weiter? Zunächst gilt es, das eindeutige Signal aus Europa in die ganze Welt zu verbreiten. Das Europäische Parlament unterstützt das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen und jetzt müssen weitere Schritte in diese Richtung gegangen werden. Mit Blick auf die Vereinigten Staaten hoffen wir auf positive Entwicklungen während der zweiten Amtszeit Präsident Obamas. Die Bestätigung des Abrüstungsbefürworters Chuck Hagel zum neuen US-Verteidigungsminister ist ein Zeichen, das Hoffnung weckt.

● Philip Grinsted

Student der Politikwissenschaft und Soziologie an der TU Darmstadt, Kontakt: philip.grinsted@gmail.com



Foto: BAfG

Vor den Konferenz der Diplomaten, gab es einen eigene Konferenz von ICAN (International Campaign for Nuclear Abolition)

EINS: EINE KONFERENZ – ZWEI: EIN PROZESS – DREI: EIN VERTRAG

Historische Konferenz in Oslo bereitet den Boden für einen Verbotsvertrag

Auf Einladung Norwegens untersuchten 130 Staaten die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen. Die einzige logische Konsequenz: ihre Abschaffung. Mexiko begründet mit der Folgekonferenz eine neue Initiative hin zu einem völkerrechtlichen Verbotsvertrag.

Die neueste Abkürzung der Abrüstungsbewegung ist CHC. Das steht für »Catastrophic Humanitarian Consequences« (katastrophale humanitäre Folgen) und ist die Kernbotschaft, die die »Internationale Kampagne zur Ächtung der Atomwaffen (ICAN)« in der Öffentlichkeit und bei den Regierungen der Welt mit dem Thema Atomwaffen verknüpfen will.

Vom 3.–4. März haben sich 127 Staaten sowie UN-Organisationen zu einer diplomatischen Konferenz in Oslo getroffen, um sich ein Bild von den humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes zu machen. Dieser neue Fokus auf die Auswirkungen ist ein historischer Durchbruch, den die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN, Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) seit ihrer Gründung 2007 einfordert. Als Partner der norwegischen Regierung hat ICAN am Wochenende zuvor das Civil Society Forum abgehalten.

Die norwegische Regierung steht mit dieser Staatenkonferenz als NATO-Mitglied unter starkem Druck der »nuklearen Allianz«, da sich die NATO-Besitzerstaaten Frankreich, Großbritannien und die USA dagegen sträuben, die humanitären Auswirkungen ihrer Waffen zu thematisieren. Dennoch waren fast alle anderen NATO-Staaten zur Konferenz erschienen. Neben Deutschland ergriffen auch die Türkei, die Niederlande, Italien und Kanada das Wort – bis auf letztere lagern alle noch einsatzbereite US-Atomwaffen auf ihrem Territorium.

Zum Abschluss der Konferenz hat Mexiko angekündigt, Ende des Jahres eine Folgekonferenz auszurichten, was die Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen in einen Prozess münden lassen könnte: Staatenvertreter und die Zivilgesellschaft im Saal sowie vor dem Konferenzgebäude brachen in Jubel aus. Der Weg, inakzeptable Waffenarten durch einen völkerrechtlichen Vertrag zu verbieten, der nicht vom ersten Tag an universell sein muss und eine offene Architektur aufweist, war schon mit Landminen und mit Streumunition erfolgreich. Ein expliziter Verbotsvertrag würde den Weg für die transparente und gegenseitig verifizierbare Vernichtung der Atomwaffen ebnen. 184 Staaten haben schon heute keine Atomwaffen. Sie müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und den Druck auf die Atomwaffenstaaten erhöhen, diese tickende Zeitbombe endlich zu entschärfen.

Oslo änderte den Diskurs über Atomwaffen, baute die Unterstützung für einen Verbotsvertrag aus und setzte mit der Ankündigung einer Folgekonferenz einen Prozess in Gang. Der Zug ist abgefahren, er verlässt gerade den Bahnhof: Wir sind an Bord, die Atomwaffenstaaten stehen verlassen auf dem Gleis. Und auch wenn wir nicht ganz sicher sind, welchen Weg der Zug nimmt, wir wissen, wohin er rollt – und dass alle Weiteren zusteigen können.

● **Xanthe Hall und Leo Hoffmann-Axthelm** im Blog von atomwaffenfrei.jetzt

Wahlprogramme 2013 Was steht in den Entwürfen?

Die Linke

Die letzten noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen werden.

Die FDP

Unser Ziel ist die Stärkung der nuklearen, radiologischen, chemischen und biologischen sowie konventionellen Kontroll- und Nichtverbreitungsregime. Die universelle Anwendung der internationalen Vertragsregime und Verhaltenskodizes ist unser erklärtes Ziel. Speziell im Rahmen der nuklearen Rüstungskontrolle setzen wir uns konsequent für eine umfassende Stärkung des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages und für ein Inkrafttreten des Teststoppvertrages ein. Darüber hinaus wollen wir aber auch neue Wege gehen, um über die bisherigen Konventionen hinaus die weltweite Abrüstung voranzutreiben und zum Beispiel aktiv für den Beitritt von Nichtvertragsstaaten zum Biowaffen sowie dem Chemiewaffenverbotsübereinkommen werben. An dem Ziel eines Abzugs taktischer Nuklearwaffen aus Europa halten wir fest.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir wollen den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und kämpfen für global zero, für eine Welt ohne Atomwaffen.

SPD

Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir unterstützen regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen. Wir wollen, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.

Telefonkonferenz mit Abgeordneten am 21. Mai

Unsere Reihe von Telefonkonferenzen mit Bundestagsabgeordneten setzen wir am 21. Mai 2013 mit der abrüstungspolitischen Sprecherin der SPD fort. **Uta Zapf** steht den FreiRaum-LeserInnen ab 17 Uhr Rede und Antwort. Wenn Sie dabei sein wollen, **melden Sie sich bitte bis zum 20. Mai 2013 an** (sie erhalten dann die Einwahldaten).
E-Mail: redaktion@pressehuette.de
oder **Telefon: (071 71) 18 20 58**

Stopp Trident

Mitte April traf sich »Abolition 2000« in Edinburgh als Zeichen der Solidarität für den Einsatz für ein atomwaffenfreies Schottland. Die schottischen Bürger können abstimmen, ob sie in einen atomwaffenfreien Staat leben wollen. In Schottland wird es im nächsten Jahr ein Referendum geben, um über die Unabhängigkeit abzustimmen. Die Stationierung der atomar angetriebenen und bewaffneten U-Boote in Faslane wird im schottischen Parlament abgelehnt. Die britische Regierung will die auf den U-Booten befindlichen Trident-Raketen erneuern. Da diese einzigen Atomwaffen des Vereinigten Königreiches in Schottland stationiert sind, schafft das Referendum nicht nur die Möglichkeit, dass Schottland atomwaffenfrei wird, sondern auch das Vereinigte Königreich auf Abrüstungskurs zu bringen.



Eine Resolution »Über ein atomwaffenfreies Schottland zu einer atomwaffenfreien Welt«, stellte den lokalen Kampf für eine atomwaffenfreie Welt in den weltweiten Zusammenhang. Sie wurde im Schottischen Parlament an die anwesenden Abgeordneten und bei der Mahnwache in Faslane an einen diensthabenden Offizier übergeben.

Bei den Verabschiedungen hieß es oft: »Wir sehen uns in Genf« oder »Wir sehen uns in Büchel«.

(wsh) ●

»Unser Mut wird langen nicht nur für Mutlangen« – Was die Friedensbewegung bewegt hat
Do. 13. Juli um 20:00 Uhr in der Aula des Gymnasiums Aachern

Wolfgang Schlupp-Hauck,
Pressehütte Mutlangen
Vortrag und Diskussion
Moderation: Ralf Caspary, SWR

Eintritt frei, Karten erhältlich:
(07841) 642 17 60
oder juniorakademie
@gymnasium-achern.de

Der Vortrag wird vom SWR aufgezeichnet und wird im Hörfunk SWR 2 Kultur – Aula und im Fernsehen SWR Teleakademie gesendet. Weitere Infos www.swr.de



Beim Besuch der Bundestagskuppel

Was ist das Youth Future Project ?

Das Youth Future Project ist ein gemeinnütziger Verein, der im Jahr 2009 von sechs Studenten mit dem Ziel gegründet wurde, Jugendliche mit Preisträgern des »Alternativen Nobelpreises« (Right Livelihood Award) zusammen zu bringen, damit ein Austausch zwischen großen Vorbildern unserer Zeit und der nachfolgenden Generation stattfinden kann.

Es arbeiten unter dem Dach des Youth Future Project verschiedenste Jugendinitiativen - auf lokaler bis internationaler Ebene - an einem gemeinsamen Ziel: Dem gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Frieden, Gerechtigkeit, Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung von Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft.

Die Jugendlichen des Youth Future Project übernehmen dabei Verantwortung für die Zukunft von Mensch und Erde und verstehen sich als Botschafter der »Right Livelihood« - einem Leben und Handeln im Einklang mit Mensch und Natur.

RIGHT LIVELIHOOD AWARD

Die Right Livelihood Award Stiftung zeichnet Menschen mit dem »Alternativen Nobelpreis« aus, die Lösungen zu den dringlichsten Problemen unserer Zeit finden. Dabei geht es nicht nur um gute Ideen, sondern um Taten, um Erfolge, die einst belächelte Utopien in beispielhafte Wirklichkeit verwandeln. Der »Alternative Nobelpreis« unterstützt seine Preisträger direkt und verhilft ihnen zu internationaler Anerkennung. Viele Preisträger arbeiten in Ländern, deren Regimes dem Einsatz für Menschenrechte, Frieden und Gerechtigkeit mit Folter und Unterdrückung begegnen. Der Preis verleiht diesen Menschen Schutz, fördert ihre Arbeit und bringt ihre Mut machenden Lösungsansätze auf die Schreibtische jener, die Entscheidungen treffen.

MENSCHEN TRÄUMEN LASSEN

In welcher Welt leben wir? Und in welcher Welt wollen wir leben? Wir wollen alle Jugendlichen dazu motivieren, ihr eigenes selbstbestimmtes Leben zu führen, auf ihre Herzen zu hören und Ihnen die Plattform bieten, sich in unbekannt Gebieten auszutoben. Wir wollen jedem einzelnen die Chance geben, zu träumen und seine Ideale zu leben.

Initiativen

NACHHALTIGKEITS-KONFERENZ

Unser nächstes großen Projekt ist die Youth Future Konferenz vom 1. bis 7. September 2013 in Bonn - eine europaweite Nachhaltigkeits-Konferenz für junge Erwachsene.

Zu dieser werden 120 Studierende und Freiwilligendienstleistende aus verschiedensten Studienrichtungen und Engagementhintergründen (eher Gruppen) aus ganz Europa eingeladen. Zugleich kommen ca. 20 internationale Promovierende und ca. 6 Preisträger des Right Livelihood Award (»Alternativer Nobelpreis«) und des Deutschen Umweltpreises sowie zahlreiche weitere Experten und Vorbilder nach Bonn. Gemeinsam und auf Augenhöhe werden sie sechs Tage lang interdisziplinär und multiperspektivisch an drängenden Herausforderungen und zukunftsweisenden Lösungsansätzen im Themenfeld Nachhaltigkeit arbeiten.

Im Rahmen von Workshops, Vorträgen und öffentlichen Podiumsdiskussionen lernen die Teilnehmer die Sicht- und Handlungsweisen wichtiger Akteure kennen und bekommen so ein ganzheitliches Verständnis selbst multidimensionaler Herausforderungen.

Eine Anmeldung ist ab dem 1. Mai 2013 möglich.
Weitere Infos unter
www.youthfutureproject.org/bonn2013

Wir sind immer auf der Suche nach Unterstützung für unsere vielfältigen Projekte und freuen uns auf Spenden oder auch direktes Engagement von jungen Persönlichkeiten! Bitte gerne melden.

Kontakt

Jonas Rohlof, jonas@youthfuture.de
www.youthfutureproject.org

Brief nach Berlin

MUTLANGEN Um zu erfahren, was der Friedensbewegung am Herzen liegt, besuchte der Bundestagsabgeordnete Norbert Barthle die Pressehütte zu einem friedenspolitischen Frühstück. Begleitet wurde er von Mutlangens Bürgermeister Peter Seyfried.

Der Frühstückstisch war gedeckt, da kam die Nachricht, dass Herr Barthle sich verspätete, eine Telefonkonferenz zur Zypernkrise halte ihn auf. Mit einer halben Stunde Verspätung begann das friedenspolitische Frühstück. Der CDU-Abgeordnete bekam zunächst einen Brief an den CDU Generalsekretär Hermann Gröhe überreicht. Darin stellten die Friedensbewegten fest: »Nukleare Abrüstung braucht einen rechtlichen Rahmen« und fordern »Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen«. Wolfgang Schlupp-Hauck erläuterte die wichtigen Punkte: Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland, Ablehnung der Modernisierung von Atomwaffen und der Verhandlungsbeginn für einen allgemeingültigen Verbotsvertrag für Atomwaffen.

In dem Brief wurde ein Formulierungsvorschlag für das neue Regierungsprogramm zur kommenden Bundestagswahl gemacht. Norbert Barthle sicherte zu, den Brief an den CDU-Generalsekretär in Berlin weiterzugeben: »Ich mache dies gerne, denn bereits heute steht im Koalitionsvertrag, dass wir für den Abzug eintreten. Dies soll aber im Einklang mit den Bündnispartnern geschehen.«

Wolfgang Schlupp-Hauck erklärte, dass es wichtig sei, dies im Regierungsprogramm festzuhalten, dies sei auch eine Unterstützung der Abrüstungspläne des US-Präsidenten Obama. Bürgermeister Seyfried erklärte: »Ich unterstütze als Mitglied von Mayors for Peace diese Anliegen.« Er kündigte an, einen eigenen Brief zu schreiben.

Marianne Späh forderte Barthle auf, sich für einen Stopp der Rüstungsexporte einzusetzen, »denn unsere Waffen töten und schaffen Vertreibung auf der ganzen Welt.« Barthle entgegnete, dass von der Rüstungsproduktion viele Arbeitsplätze abhingen, auch in unserer Region. Er könne sich dieser Forderung nicht so anschließen.



MdB Barthle macht den Briefträger

Die Schülerin Laura Petralito forderte das Geld sinnvoller einzusetzen. Es sei besser, Schulen und Krankenhäuser zu bauen, als Gewehre, Bomben und Kampfdrohnen. Barthle widersprach. Es gebe Situationen, in denen es nötig sei, Interessen durchzusetzen und dazu benötige man Stärke, auch durch Waffen. Außerdem werde der Militärbudget immer wieder gekürzt, während der Sozialhaushalt wachse.

Lotte Rodi wünschte, dass mehr Geld in zivile Friedens- und Versöhnungsarbeit fließen solle, dies seien »echte Zukunftsinvestitionen.«

Christian Lange zeigt Flagge für Abrüstung

Mit einem Besuch von Christian Lange wurde die Reihe der friedenspolitischen Frühstücksgespräche in der Pressehütte fortgesetzt. Der SPD-Abgeordnete brachte den Entwurf des SPD Regierungsprogramms, um über die Fragen nukleare Abrüstung und Rüstungsexporte mit der Friedensbewegung zu diskutieren.

Wolfgang Schlupp-Hauck trug die Forderungen der Kampagne »atomwaffenfrei.jetzt« vor. Lange erklärte: »Ihre Forderungen sind bei der SPD gut aufgehoben« und zitierte aus dem Entwurf des SPD-Regierungsprogramms: »Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir unterstützen regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen. Wir wollen, dass im Rahmen eines gesamt-europäischen Abrüstungsvertrages die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.« Das ist den Friedensbewegten zu wenig. »Was im Programm steht ist gut, könnte aber besser sein;« bilanzierte Schlupp-Hauck.

Das Ziel werde nur allgemein benannt, aber kein konkreter Weg aufgezeigt. Er vermisse einen Hinweis auf Verhandlungen für einen Verbotsvertrag. Volker Nick schloss sich mit dem Hinweis an, er höre kein Wort zur Modernisierung, dabei sollten doch genau die Bomben, die in Büchel lagern, erneuert werden: »Die Bundeswehr müsste dafür ebenfalls ihre Kampfflugzeuge modernisieren.



Frühstücken und diskutieren

Das sind Kosten, die die Bundesregierung genehmigen muss. Hier können wir entscheiden.« Lange machte deutlich: »Die offene Formulierung schafft Verhandlungsspielraum. Die Forderung nach Abzug, bedeutet, dass wir keine neuen modernisierten Bomben wollen.« Lange kündigte an, dass er für die nukleare Abrüstung Flagge zeigen werde, mit einer Abrüstungsbotschaft auf der Kampagnen-Homepage. Christa Schmaus kritisierte, dass Deutschland als drittgrößter Waffenexporteur Waffen auch in den Nahen Osten liefere, z. B. Panzer an Saudi Arabien. Lange stimmte ihr zu.

Die SPD wolle zurück zu den restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit: »Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte massiv missachtet und verletzt werden, lehnen wir ab.«

Silvia Bopp fragte, ob Lange befürworte, dass atomwaffenfähige U-Boote nach Israel geliefert worden seien. Lange erklärte, dass Israel gegenüber eine besondere Verpflichtung bestehe. Die Verwendung der U-Boote sei Sache Israels, man könne z.B. auch nicht kontrollieren, ob auf einem Lastwagen Raketenwerfer aufgebaut würden.

Marianne Späh bemängelte, dass die Rüstungsexporte hinter verschlossenen Türen von der Bundesregierung genehmigt würden. Lange erklärte, die SPD wolle ein parlamentarisches Gremium schaffen, »das bei zentralen Waffenexportentscheidungen die Bundesregierung kontrolliert«. Wichtig sei auch, Verstöße gegen Endverbleibsklauseln streng zu sanktionieren.

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
 Atom- und Uranwaffen.
 Für die friedliche Nutzung
 des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1000

Herausgeber:

Pressehütte Mutlangen
 Friedens- und Begegnungsstätte
 Mutlangen e.V.
 Forststraße 3
 73557 Mutlangen
 Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
 www.pressehuette.de
 post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnement:
 Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und
 Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
 der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
 ist der Bezug im Mitglieds-
 beitrags enthalten.

Bankverbindungen:

nur für Abo-Gebühren:
 Friedens- und Begegnungsstätte –
 FreiRaum
 Raiffeisenbank Mutlangen
 BLZ 613 619 75, Konto: 55628010

für steuerabzugsfähige Spenden:
 Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
 Kreissparkasse Ostalb
 BLZ 614 500 50, Konto: 800268499
 Stichwort: Spende FreiRaum
 Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion:

V.i.S.d.P
 Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
 Tel. 0 71 71 - 18 20 58
 e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
 Beiträge geben nicht unbedingt
 die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout:

Michael Heidinger Graphic Design
 www.michael-heidinger.com

Druck:

UWS-Druck und Papier GmbH
 70184 Stuttgart,
 Telefon (07 11) 46 30 05
 mail@uws-druck.de

Wir fahren zur UNO nach Genf



Isabel Huber, Xenia Reifegerst und Wolfgang Schlupp-Hauck
 sind als Filmteam der Pressehütte in Genf

Die Jugend-Aktionsreisen zur den Verhandlungen
 über den Atomwaffensperrvertrag waren für alle
 Beteiligten immer ein eindrückliches Erlebnis.
 Dieses Mal werden wir mit einem kleinen Film-
 team die Verhandlungen begleiten: Isabel Huber
 von »Strahlendes Klima«, die Schülerin Xenia
 mit ihrer Mutter Xenia Reifegerst und Wolfgang
 Schlupp-Hauck. Wir werden die Aktivitäten der
 Nichtregierungsorganisationen für unser Filmpro-
 jekt »Unser Mut wird langen – nicht nur in Mutlan-
 gen« aufnehmen. **Aktuelles finden Sie in dem Blog**
www.strahlendesklima.de/atomwaffenfrei-jetzt

Für unsere Reisekosten, das Film-Equipment, die Filmbearbeitung bitten wir um Ihre Unterstützung.
 Jede Spende an die Friedenswerkstatt von 5, 10, 20 Euro hilft, das Projekt zu verwirklichen.

SPENDEN BITTE MIT STICHWORT »FILMPROJEKT«.



Karikatur:
 Peter Musil



Die Atomkriegsdrohungen von Nordkorea und das angebliche Streben des Iran nach der Atombombe werden die Debatten der diesjährige NPT-Prep-Com bestimmen. Ende April bis Anfang Mai tagen wieder die Diplomaten der 187 Mitgliedsstaaten des Atomwaffensperrvertrages (NPT) in der Vorbereitungskommission der Überprüfungskonferenz 2015. (Prep-Com). Wir sind mit einer kleinen Delegation dabei.

Atomkriegsdrohungen unterstreichen die Notwendigkeit unserer Abrüstungsforderungen

Nordkorea wird in den Kommentaren als unberechenbarer Staat dargestellt. Eine genauere Betrachtung wird seine atomaren Drohungen zwar nicht billigen, aber mit der Schuldzuweisung an der Eskalation differenzierter umgehen.

»Die jüngste Runde der Eskalation begann Anfang März, als der UN-Sicherheitsrat auf Drängen der USA neue, besonders harte Sanktionen über Nordkorea verhängte. Die USA führten gemeinsame Manöver mit Südkorea durch und üben im südlichen Teil der Halbinsel tatsächlich den Abwurf von Atomwaffen auf Nordkorea«, erklärte Regina Hagen beim Ostermarsch in Nürnberg. »Der Norden drohte, den Süden in ein »Meer von Flammen« zu verwandeln und die USA mit Atomwaffen anzugreifen. Und jetzt schickten die USA auch noch ihr modernstes Fluggerät, den atomwaffenfähigen Tarnkappenbomber F-22, nach Südkorea.«

HINTERGRÜNDE VERSTEHEN

Der Koreakrieg von 1950 sei eine traumatische Erfahrung, die man berücksichtigen müsse, wenn man das nordkoreanische Verhalten verstehen wolle, erklärt Volker Nick. Man dürfe nicht vergessen, dass die USA in Nordkorea systematisch alle Großstädte bombardierten: »Es war ein Vernichtungskrieg verheerender als in Vietnam.« 450.000 Tonnen an Bomben wurden abgeworfen, darunter 3.281.270 Liter Napalm.

Dr. Mark Byung Moon Suh, südkoreanischer Politikwissenschaftler in Berlin, erläutert: 1948 wurde Korea geteilt entsprechend der sowjetischen und US-amerikanischen Besatzungszonen. Beide Staaten akzeptierten die Teilung ihres Landes nicht. 1950 wollte zunächst Nordkorea es militärisch wiedervereinigen, dann Südkorea mit Unterstützung der USA. China griff auf der Seite Nordkoreas mit einer massiven Militärintervention ein. Nach drei Jahren endete der Krieg 1953 mit einem Waffenstillstandsabkommen.

Das Problem der Teilung blieb ungelöst. Die USA und Japan lehnen eine völkerrechtliche Anerkennung Nordkoreas ab. Dieses befürchtet eine Invasion und baut deshalb seit 50 Jahren die Verteidigung des Landes aus. Mit den eigenen Atomwaffen fühlt es sich sicherer.

Eine Chance auf einen Ausweg aus dieser fatalen Dynamik und damit längerfristig auch auf die Überwindung der Diktatur in Pjöngjang sieht der Journalist Andreas Zumach nur, »wenn die USA ihr Genfer Abkommen mit Nordkorea vom Oktober 1994 wiederbeleben. Darin versprach die Clinton-Administration nicht nur die Lieferung von Nahrungsmitteln, verbilligtem Öl und von – für militärische Zwecke unbrauchbaren – Leichtwasserreaktoren. Washington gab auch eine Nichtangriffsgarantie ab.« Diese Zusagen wurden durch Präsident Bush zurückgenommen. Die Nichteinhaltung von Vereinbarungen und die eskalierende Sanktionspolitik verschlimmern die Krise. Der Westen muss seine Politik ändern.

RICHTIGE SCHLÜSSE ZIEHEN

In der ZDF-Talkshow mit Markus Lanz erklärte Hans-Dietrich Genscher: »Peking zeigt in dieser ernstesten und schwierigsten Situation ein hohes Maß an Verantwortung, in dem sie ihren Schutzbefohlenen sagen, »ihr geht hier zu weit«. Es kann nicht dabei bleiben, nur diese Krise zu beenden. Sie ist so ernst, weil es um Atomwaffen geht, um Vernichtungswaffen. Ich will hoffen, dass dies die allerletzte Warnung ist, dass wir endlich daran gehen, diese Atomwaffen weltweit zu beseitigen, damit wir nicht mehr mit solchen Krisen konfrontiert werden. Wir müssen der nuklearen Abrüstung mehr Impulse geben.«

● whs

Gefahren und Chancen



Die Krisen um Nordkorea und Iran mahnen das Verbot der Atomwaffen und den Ausstieg aus der Atomenergie an. **Seiten 1 und 3**



Unterstützung für den Atomwaffenabzug aus dem Europaparlament. **Seite 4**



Die Bundestagswahl naht. Die Forderungen sind in den Wahlkampf einzubringen. **Im Blick Seiten 4 bis 8, FreiRaum Seite 11**



Eine Konferenz macht Hoffnung: In Oslo ist der Zug zum Atomwaffenverbot gestartet. **Seite 9**

Das »Youth Future Project« stellt sich vor. **Seite 10**